

Beschluss Gerechtes Frankfurt – eine Stadt für alle (Soziales)

Gremium: KMV
Beschlussdatum: 20.03.2019

Text

2019 Gerechtes Frankfurt – eine Stadt für alle

2020 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für das Recht aller Menschen auf ein
2021 menschenwürdiges Leben. Dabei geht es uns vor allem darum, Teilhaberechte zu
2022 garantieren und den Zugang zu Bildung, Freizeit, Wohnen und Kultur
2023 sicherzustellen. Ein unabhängiges Beratungsnetz muss Hilfe bieten für Menschen,
2024 die in Armut oder in Notsituationen geraten.

2025 Fast jedes dritte Frankfurter Kind unter 18 Jahren ist ganz oder teilweise auf
2026 staatliche Leistungen angewiesen. Damit herrscht in Frankfurt (Oder) die höchste
2027 Kinderarmutsquote aller Kreise und kreisfreien Städte im Land Brandenburg. Hinzu
2028 kommt, dass die Kinderarmut in Frankfurt sogar leicht gestiegen ist, während
2029 überall sonst im Land ein Rückgang zu verzeichnen war. Neben der angespannten
2030 finanziellen Lage kann sich auch die teilweise zu beobachtende kulturelle,
2031 soziale und emotionale Armut nachhaltig auf das Wohlbefinden und die
2032 Zukunftschance der Kinder auswirken. Deshalb ist uns die Bekämpfung von Kinder-
2033 und Familienarmut besonders wichtig. Wir unterstützen die Initiative des
2034 Oberbürgermeisters, sich der Thematik anzunehmen und eine Gesamtstrategie für
2035 diese zentrale Herausforderung zu entwickeln. Für dieses Anliegen halten BÜNDNIS
2036 90/DIE GRÜNEN die Familienförderung für eine der wichtigsten gesellschaftlichen
2037 und somit auch kommunalen Aufgaben. Unsere Stadt hat einige gute
2038 niedrigschwellige Ansätze entwickelt, um Familien zu helfen und zu begleiten,
2039 wie etwa den Baby-Besuchsdienst, die Familienhebamme oder auch die enge
2040 Kooperation zwischen Eltern-Kind-Zentren, Kitas und Familienhilfe. Wir setzen
2041 uns weiterhin dafür ein, den Baby-Besuchsdienst, die Familienhebamme und die
2042 beiden Eltern-Kind-Zentren dauerhaft zu finanzieren und diese Finanzierung
2043 mittelfristig zu erhöhen, um ihre erfolgreiche Arbeit nachhaltig
2044 sicherzustellen. Darüber hinaus halten wir es für ein wichtiges Element einer
2045 ganzheitlichen Strategie, auch die soziale Stigmatisierung zu bekämpfen, der
2046 sich von Armut betroffene Familien und Kinder im Alltag regelmäßig ausgesetzt
2047 sehen.

2048 Wir Bündnisgrünen haben uns bei der Überarbeitung der Kitabeiträge dafür
2049 eingesetzt, Familien stärker zu entlasten und Beiträge gerechter sozial zu
2050 staffeln. Als einzige Fraktion haben wir uns dagegen ausgesprochen, einen
2051 Beitrag für finanzschwache Familien einzuführen. Angesichts der geplanten
2052 Einführung von Beitragsfreiheit durch das Land werden wir auch weiter dafür
2053 kämpfen. Als Kommune müssen wir uns weiterhin auf Landesebene dafür stark
2054 machen, dass notwendige Betreuungszeiten vom Land ausfinanziert werden,
2055 Betreuungsschlüssel tatsächlich gewährleistet werden können, Kita-Leiter*innen
2056 Zeit für Leitungsaufgaben haben und das Land dafür sorgt, nicht nur die
2057 Quantität sondern auch die Qualität der Betreuung zu verbessern.

2058 Kinder in bedürftigen Familien haben Anspruch auf Erstattung des Eigenanteils
2059 für den Erwerb von Schulbüchern und auf Ermäßigung bei der
2060 Schüler*innenbeförderung. Wir wollen in den Schulen und Kitas verstärkt

2061 Aufklärungsarbeit leisten, um den Familien dabei zu helfen, ihr Recht in
2062 Anspruch zu nehmen. Außerdem wollen wir Möglichkeiten schaffen, den Zugang zu
2063 Leistungen des Bildungs- und Teilhabegesetzes für bedürftige Kinder und
2064 Jugendliche zu erleichtern, wie etwa ein vereinheitlichtes Bezahlsystem.

2065 Bei der Bewältigung der Auswirkungen von Kinderarmut spielt die
2066 Jugendsozialarbeit an Schulen, in Jugendclubs und im öffentlichen Raum eine
2067 wichtige Rolle, um die gesellschaftliche Teilhabe von Kindern und Jugendlichen
2068 zu fördern. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind der Auffassung, dass es Schulsozialarbeit
2069 an allen Schulen in Frankfurt geben sollte. Wir setzen uns daher für eine
2070 mittelfristige Verstetigung der Stellen von Schulsozialarbeiter*innen und einen
2071 Ausbau im Rahmen der inklusiven Grundschulen ein. Um auch im Freizeitbereich
2072 gute Unterstützungsangebote für Jugendliche zu machen, wollen wir die
2073 Kapazitäten der offenen Jugendarbeit und Straßensozialarbeit ausbauen sowie die
2074 Vernetzung der Träger und Einrichtungen stärken, gerade auch im Hinblick auf
2075 aktuelle Bedarfe in der Präventionsarbeit.

2076 Auch das Mehrgenerationenhaus muss von Seiten der Stadt weiter in seiner Arbeit
2077 unterstützt werden. Es ist ein unverzichtbarer Anlaufpunkt geworden,
2078 insbesondere für Menschen aus der Innenstadt. Das Quartiersmanagement hat sich,
2079 wie die Sozialraumorientierung in der Jugendhilfe insgesamt, bewährt.

2080 Es ist sehr erfreulich, dass Frankfurt (Oder) 2018 erstmals seit 1990 wieder
2081 einen leichten Bevölkerungszuwachs verzeichnen konnte. Aktuelle Prognosen deuten
2082 an, dass sich dieser positive Trend auch in den nächsten Jahren fortsetzen wird.
2083 Deshalb unterstützen wir den kürzlich beschlossenen Abriss-Stopp und setzen uns
2084 dafür ein, dass es weiterhin genügend bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum im
2085 Zentrum und in den Stadtteilen gibt. Dafür ist die regelmäßige Fortschreibung
2086 des qualifizierten Mietspiegels für uns unverzichtbar. Auch passende und
2087 günstige Wohnungen für Studierende und junge Familien sind wichtig, wenn wir
2088 diese in Frankfurt halten wollen. Wir haben in Teilen einen Wohnungsüberhang in
2089 Frankfurt und Wohnungsknappheit in Słubice. Hier liegt es auf der Hand, dass
2090 eine stärkere Kooperation unserer Zwillingstädte in diesem Bereich Vorteile für
2091 alle bringt. Dazu gibt es bereits erfolgreiche Ansätze durch die
2092 Wohnungsunternehmen, die wir unterstützen und ausbauen wollen.

2093 Auch wenn es in den letzten Jahren auch positive Entwicklungen gab, ist die Zahl
2094 der Arbeitssuchenden in Frankfurt (Oder) weiterhin zu hoch. Durch eine
2095 nachhaltige Wirtschaftspolitik mit grenzüberschreitender Ausrichtung wollen wir
2096 hier eine langfristige Verbesserung erreichen. Außerdem müssen auch
2097 selbstorganisierte, erfolgreiche Strukturen wie die Arbeitsloseninitiative
2098 weiterhin gefördert werden. Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen wir für einen
2099 gesetzlichen Mindestlohn. Das bedeutet für uns vor Ort die konsequente
2100 Einhaltung des Vergabegesetzes und generell existenzsichernde Löhne sowie gute
2101 Arbeitsbedingungen und starke Personalvertretungen. Nicht nur in der Vergabe
2102 eigener Aufträge, sondern auch im Wettbewerb um Wirtschaftsansiedlungen darf die
2103 Werbung für Frankfurt (Oder) als Niedriglohn-Standort kein Mittel der
2104 Wirtschaftsförderung sein. Menschen mit Behinderung sollen leichter als bisher
2105 eine Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt finden.

2106 Ein besonders wichtiger Bestandteil guter Arbeitsbedingungen ist für uns die
2107 Familienfreundlichkeit. Auch wenn wir in Frankfurt vergleichsweise gut dastehen,
2108 was den Ausbau von Betreuungskapazitäten angeht, müssen wir die Vereinbarkeit

2109 von Beruf und Familie noch weiter verbessern. Alleinerziehende haben oft
2110 Schwierigkeiten, einen Beruf anzunehmen, weil sie die Betreuung mit
2111 Schichtarbeitszeiten, z.B. in den Callcentern, schwer vereinbaren können. Hier
2112 wollen wir Abhilfe schaffen und Initiativen wie das Bündnis für Familie
2113 unterstützen, das sich erfolgreich für familienfreundlichere Arbeitsbedingungen
2114 in Frankfurter Unternehmen einsetzt.

2115 Auch der Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung unserer Stadt steigt. Wir
2116 wollen, dass sie auch im Alter weiterhin ein selbstbestimmtes Leben führen
2117 können. Deshalb muss die Stadtverwaltung eng mit den städtischen
2118 Wohnungsunternehmen zusammenarbeiten, um Angebote unterschiedlicher
2119 altersgerechter Wohnformen sicherzustellen. Wir setzen uns außerdem dafür ein,
2120 eine Pflegeeinrichtung in städtischer Hand zu erhalten und gezielte Projekte zur
2121 Bekämpfung des Fachkräftemangels in der Pflege zu initiieren, damit ausreichend
2122 Pflegeplätze mit guten Bedingungen in Frankfurt zur Verfügung stehen.

2123 Gerade für ältere Menschen, aber auch für das soziale Leben der Stadt insgesamt,
2124 ist eine gute Nahversorgung mit Supermärkten, Ärzt*innen und öffentlichen
2125 Verkehrsmitteln wichtig. Deshalb setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für eine
2126 nachhaltige Sicherung von Einkaufsmöglichkeiten in allen Stadtteilen ein sowie
2127 einen Nahverkehr, der in seiner Taktung, Linienführung und
2128 Haltestellenausstattung keinen Stadtteil abhängt. Die letzten Jahre haben
2129 gezeigt, dass in Frankfurt (Oder) Fachärzt*innen in verschiedenen Bereichen
2130 fehlen. Um hier wieder eine ausreichende Versorgung zu erreichen, wollen wir
2131 gezielte Gespräche mit Verbänden und Krankenkassen führen, um die Ansiedlung von
2132 Fachärzten zu fördern.

2133 Auch die Versorgung unserer Stadt mit Hebammen ist ein zentrales Anliegen für
2134 uns. Deren Anzahl ist in den vergangenen Jahren stetig zurückgegangen. Wir
2135 wollen darauf hinarbeiten, dass die Stadtverwaltung attraktive Bedingungen und
2136 Anreize für Hebammen schafft, um sie in der Stadt zu halten.

2137 Die Möglichkeiten zur Teilhabe von Menschen mit Behinderung am öffentlichen
2138 Leben und die Rahmenbedingungen zur Bewältigung des täglichen Lebens müssen
2139 erheblich verbessert werden. Dafür brauchen wir Orientierungssysteme, die auch
2140 für Menschen lesbar sind, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind oder
2141 nicht lesen können, mehr akustische Ampelanlagen sowie eine barrierefreie
2142 Gestaltung von Webseiten und Informationsangeboten der Stadt. Die bauliche
2143 Barrierefreiheit wollen wir ausbauen, insbesondere durch Bordsteinabsenkungen,
2144 Rampen, Handläufe und Aufzüge. Unsere Stadt muss genügend barrierefreien
2145 Wohnraum bieten, der ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht. Um barrierefreie
2146 Arztpraxen zu bündeln, unterstützen wir die Idee eines Praxisspiegels und wollen
2147 mehr Einzelhändler*innen dafür gewinnen, barrierefreie Zugänge zu gewährleisten.

2148 Der Standort der Notunterkunft für Wohnungslose sowie der
2149 Gemeinschaftsunterkunft für Geflüchtete in Seefichten gehört für uns auf den
2150 Prüfstand. Diese Menschen sollen nicht isoliert weit außerhalb des Stadtzentrums
2151 leben. Die Unterkunft ist schwer erreichbar, da Wohnungslose kaum Geld für den
2152 Bus aufbringen können. Dies kann besonders im Winter kritisch werden, wenn sie
2153 die schützende Unterkunft nicht mehr zu Fuß erreichen können. Hier muss eine
2154 andere Lösung gefunden werden.